

Beirut, 20. Juli 2008

## **No Place Home**

### **Irakische Flüchtlinge zwischen prekärer Sicherheit und gefährlicher Rückkehr**

Layla Al-Zubaidi und Heiko Wimmen

*Eine große Zahl irakischer Flüchtlinge hat Zuflucht in den Nachbarländern des Irak gesucht, vor allem in Syrien und Jordanien. Besonders mit der Eskalation der internen Konflikte zu weit verbreiteter ethno-konfessioneller Gewalt und Vertreibungen zwischen 2006 und 2007 schnellten die Flüchtlingszahlen nach oben. Diese neue Flüchtlingskrise ist lange von den westlichen Medien und der öffentlichen Meinung ignoriert worden. Mit der allmählichen Verbesserung der Sicherheitslage im Irak wächst die Gefahr, dass das langsam erwachende Bewusstsein für die Dimensionen dieser Krise - welches bis jetzt noch nicht zu angemessenen Maßnahmen und Hilfsleistungen geführt hat - erneut der Wahrnehmung weicht, das Problem werde sich durch eine zügige Rückkehr dieser Flüchtlinge in absehbarer Zeit von selbst lösen – und dass diejenigen, die nicht zurückkehren, vor allem auf Einwanderung und Teilhabe am "Wohlstand" des Westens spekulieren. Der folgende Report versucht, einen Überblick über Ursachen und Größenordnung der Krise zu geben, erkundet die Wahrscheinlichkeit der Rückkehr einer substantiellen Zahl von Flüchtlingen in der näheren Zukunft, und bewertet die Verantwortung der internationalen Akteure gegenüber den Flüchtlingen.*

Der Krieg gegen den Irak und die anschließende Besatzung unter Führung der USA haben gewaltige Bevölkerungsbewegungen verursacht. Ein gutes Fünftel aller Iraker war oder ist noch auf der Flucht - die größte Flüchtlingskrise in der Region seit der Vertreibung der Palästinenser und weltweit einer der größten jemals durch gewaltsamen Konflikt ausgelösten Menschenströme.<sup>1</sup> Nach Schätzungen der Vereinten Nationen hat die Gewalt, die seit dem Jahre 2003 im Land herrscht und das tägliche Leben der Menschen sowie essenzielle Dienstleistungen drastisch beeinträchtigt, mehr als 3,5 Millionen Iraker dazu gezwungen ihren normalen Wohnort zu verlassen.<sup>2</sup> Nahezu ein

---

<sup>1</sup> Reinoud Leenders, "When Do Refugees Bring Trouble?", Präsentation auf der Konferenz *The Challenges of Transformation in the Middle East*, hbs/Freie Universität Berlin, Dezember 2007, siehe auch <http://home.medewerker.uva.nl/r.e.c.leenders/page2.html>.

<sup>2</sup> UNHCR, *Statistics on Displaced Iraqis around the World, Global Overview*, September 2007; <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/opendoc.pdf?tbl=SUBSITES&id=470387fc2>.

Drittel (ca. 1,3 Millionen) hat innerhalb des Landes Zuflucht gesucht.<sup>3</sup> Manche dieser "Intern Vertriebenen" (Internally Displaced People, IDPs) haben Unterschlupf bei Verwandten oder Freunden gefunden; viele waren jedoch gezwungen, in verlassenen Gebäuden oder improvisierten Lagern eine Behausung zu finden. Zusammen mit rund einer Million Irakern, die unter der Herrschaft von Saddam Hussein aus ihren Wohnorten fliehen mussten oder zwangsweise umgesiedelt wurden, beträgt die Zahl der IDPs im Irak deutlich über zwei Millionen.<sup>4</sup> Eine nahezu gleich große Zahl - mehr als 2,2 Millionen - haben den Irak verlassen.

"Kurz gefasst, das Alpträum-Szenario von riesigen Flüchtlingsströmen, das die internationalen humanitären Organisationen kurz vor der US-Invasion des Iraks 2003 befürchtet hatten, ist nun eingetreten und sogar noch schlimmer ausgefallen als ursprünglich angenommen."<sup>5</sup>

Für die meisten führte die Flucht in einen Staat in der Region - Syrien, Jordanien, Ägypten, Libanon, die Golfstaaten und Iran. Syrien ist das wichtigste Aufnahmeland mit mehr als 1,5 Millionen Flüchtlingen, gefolgt von Jordanien mit bis zu einer halben Million. Mit der Aufnahme von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen haben diese beiden Staaten die überwältigende Mehrheit des Flüchtlingsstroms absorbiert und tragen dementsprechend die Hauptlast des Exodus.<sup>6</sup>

## Gründe für die Flucht

Auch wenn nicht alle Flüchtlinge automatisch als Opfer von Gewalt betrachtet werden können - einige mögen gar Täter sein, die vor Strafverfolgung flüchten, oder sowohl Opfer als auch Täter, während andere schlicht vor der Misere des täglichen Lebens im Irak fliehen -, so floh und flieht doch die überwältigende Mehrheit vor Gewaltakten, die als "ethno-konfessionelle Säuberungen" bezeichnet werden müssen. Ein Vielzahl von Berichten und Interviews hat offenbart, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt war und legen nahe, dass die meisten Flüchtlinge Opfer von Konflikten wurden, an denen sie selbst nie aktiv teilgenommen haben.<sup>7</sup> Ein Flüchtling in Damaskus bringt es auf den Punkt:

---

<sup>3</sup> Siehe Brookings Institution, *Iraq Index, Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-Saddam Iraq*, 31/1/2008, p. 31, <http://www.brookings.edu/saban/~media/Files/Centers/Saban/Iraq%20Index/index20080131.pdf>. IDPs ohne irakische Staatsangehörigkeit – ca. 45.000, vor allem Palästinaflüchtlinge mit Aufenthaltsstatus im Irak – befinden sich in einer besonders schwierigen Situation, siehe dazu Human Rights Watch, "Nowhere to Flee - The Perilous Situation of Palestinians in Iraq", September 2006, Vol. 18/4, <http://www.hrw.org/reports/2006/iraq0706/> sowie Gabriela Wengert und Michelle Alfaro, "Can Palestinian Refugees in Iraq Find Protection?" *Forced Migration Review* 26, August 2006, <http://www.fmreview.org/FMRpdfs/FMR26/FMR2609.pdf>.

<sup>4</sup> 2,17 Millionen nach den neuesten Zahlen des irakischen Roten Halbmonds (Stand Mai 2008), [http://www.iraqredcrescent.org/IDP\\_35\\_update\\_EN.pdf](http://www.iraqredcrescent.org/IDP_35_update_EN.pdf).

<sup>5</sup> Leenders, ebd.

<sup>6</sup> Neueren Daten zufolge ist die Anzahl der Flüchtlinge in Syrien und Jordanien niedriger als vom UNHCR angegeben: weniger als eine Million in Syrien und unter einer halben Million in Jordanien (Austausch mit Nir Rosen, Journalist und Rechercheur für *Refugees International*, 26. Februar 2008, siehe auch FAFO, *Iraqis in Jordan 2007 - their number and characteristics*, <http://www.fafon.org/ais/mideast/jordan/IJ.pdf>. Die oben genannten Zahlen werden jedoch bis heute in der überwiegenden Mehrheit von Publikationen verwendet und daher auch in diesem Bericht beibehalten. Verglichen mit den Bevölkerungszahlen der Aufnahmelande (19 Mio. in Syrien, 5,6 Mio. in Jordanien) sind jedoch auch die niedrigeren Zahlen noch immer extrem hoch; entsprechend haben die in diesem Bericht vorgetragenen Schlussfolgerungen auch dann Bestand wenn sich die niedrigeren Zahlen als zutreffend erweisen sollten.

<sup>7</sup> Siehe Amnesty International, *Iraq - Millions in Flight: The Iraqi Refugee Crisis*, September 2007, <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE14/041/2007>; Human Rights Watch, *Rot Here or Die There: Bleak*

"Es sind vor allem die Schwächsten, die fliehen müssen – diejenigen, die nichts getan haben und die keiner Miliz angehörten. Wenn du Waffen hast, kannst du dich verteidigen. Ohne Waffen wirst du entweder getötet oder versuchst zu entkommen. Deshalb sind es natürlich die Unschuldigen, die am meisten leiden."<sup>8</sup>

Eine Umfrage der UNHCR unter irakischen Flüchtlingen in Syrien zeigt, dass ausnahmslos alle Befragten mindestens eine traumatische Erfahrung gemacht hatten, bevor sie den Irak verließen. Rund 80 Prozent erlebten Bombardierungen aus der Luft, Artilleriebeschuss oder Raketenangriffe. Mehr als 70 Prozent wurden Zeugen von Autobomben und Schießereien oder kennen Personen die gewaltsam zu Tode kamen. Nahezu 70 Prozent gaben an, dass sie Verhören, Belästigungen oder sogar Todesdrohungen durch Milizen oder andere Gruppen ausgesetzt waren. 16 Prozent wurden gefoltert, in den meisten Fällen von Milizen.<sup>9</sup> Erhebungen durch Amnesty International zufolge fühlten die meisten Iraker, dass sie keine andere Wahl hatten als das Land zu verlassen.<sup>10</sup> Ashraf al-Khalidi und Victor Tanner erkennen hinter der Gewaltanwendung eine simple und offensichtliche Logik:

"Die Menschen fliehen in Gebiete, wo sie sich sicherer fühlen, Sunnis in sunnitische Gebiete, Schiiten in schiitische. Kurden und einige Araber gehen in die Nordprovinzen, Christen in Teile der Provinz Niniveh. Und die meisten derer, die das Land verlassen können, tun dies. Das Resultat: die radikalen Gruppen kontrollieren 'gesäuberte' Territorien und vergrößern stetig ihre Macht. Die Muster der Vertreibung variieren. Je gemischter eine Stadt ist, desto mehr konfessionelle Gewalt ist zu erwarten."<sup>11</sup>

Die große Mehrheit der Flüchtlinge sind Einwohner Bagdads,<sup>12</sup> lange Zeit eines der Epizentren der Gewalt. In der Folge ist die Anzahl der ursprünglich für Bagdad charakteristischen konfessionell gemischten Stadtteile deutlich zurückgegangen und hat einer klaren Trennung in sunnitische und schiitische Viertel Platz gemacht,<sup>13</sup> wobei letztere demographisch klar in der Überzahl sind.<sup>14</sup> Lediglich einige wenige Viertel im Stadtzentrum weisen auch heute noch keine klare Mehrheit auf. Die Tatsache, dass diese Spaltung der Hauptstadt in weiten Teilen mit den beiden Ufern des Tigris korrespondiert und damit Sunniten (im Westen) und Schiiten (im Osten) durch eine

---

*Choices for Iraqi Refugees in Lebanon*, December 2007, <http://www.hrw.org/reports/2007/lebanon1207/>; *Forced Migration (Sonderausgabe), Iraq's Displacement Crisis: The Search for Solutions*, 2007, [www.fmreview.org/FMRpdfs/Iraq/full.pdf](http://www.fmreview.org/FMRpdfs/Iraq/full.pdf); Leenders, ebd.

<sup>8</sup> Gespräch mit einem irakischen Flüchtling aus Bagdad, Oktober 2007.

<sup>9</sup> UNHCR, *Trauma Survey in Syria*, 22/01/2008, <http://www.unhcr.org/news/NEWS/4795e6222.html>.

<sup>10</sup> Amnesty International, ebd.

<sup>11</sup> Ashraf al-Khalidi und Victor Tanner, "Iraq Bleeds: The Remorseless Rise of Violence and Displacement", Sonderausgabe *Forced Migration*.

<sup>12</sup> Ungefähr 80 Prozent laut der Register der UNHCR. Siehe Michel Gabaudan, Bericht zur Konferenz "Iraq's Displacement Crisis and the International Response", Center for American Progress and Heinrich Böll Foundation North America, p.16, <http://www.boell.org/events/documents/hbf%20CAP%20Iraqi%20Refugee%20Crisis%2006Dec2007.pdf>.

<sup>13</sup> Graphische Darstellungen der Bevölkerungsverschiebungen in Bagdad sind unter [http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/in\\_depth/baghdad\\_navigator/](http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/in_depth/baghdad_navigator/) verfügbar.

<sup>14</sup> Guido Steinberg, „Trägt die neue Strategie im Irak? Anhaltender politischer Stillstand gefährdet die Erfolge bei der Aufstandsbekämpfung“, *SWP-Aktuell* 9, January 2008, [http://www.swp-berlin.org/en/common/get\\_document.php?asset\\_id=4671](http://www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=4671); Nir Rosen "The Myth of the Surge", *Rolling Stone*, 06/03/2008, [http://www.rollingstone.com/politics/story/18722376/the\\_myth\\_of\\_the\\_surge](http://www.rollingstone.com/politics/story/18722376/the_myth_of_the_surge).

"geographische" und somit "natürliche" Grenze getrennt werden, verheißt nichts Gutes für zukünftige Versuche zur Wiedervereinigung Bagdads.<sup>15</sup>

Minoritäten die keine Milizen aufstellen und sich entsprechend nicht selbst schützen konnten, wie z.B. die Christen, haben zum größten Teil die Stadt verlassen. Einwohner ursprünglich gemischter Stadtteile haben entweder gleich Zuflucht in den Nachbarländern gesucht oder aber sich in Regionen innerhalb des Irak geflüchtet die von „ihrer“ konfessionellen Gemeinschaft dominiert werden.<sup>16</sup>

Das gleiche gilt für andere Teile des Landes. Seit 2006 hat sich die ethno-konfessionelle Gewalt in die gemischten arabisch-kurdisch-turkmenischen Gebiete im Norden und Nordosten des Iraks ausgebreitet. Besonders die gemischte Provinz Diyala sorgte mit ihrer hohen Konzentration von gewaltsamen Angriffen für traurige Schlagzeilen.<sup>17</sup> Eine vergleichende Bestandsaufnahme von Daten aus den Provinzen Diyala und Salah Al-Din macht deutlich, dass IDPs und Flüchtlinge gemischte Gebiete wie Diyala in großen Zahlen verließen, während homogenere Gebiete wie Salah al-Din viel weniger als Ausgangspunkt solcher Ströme auftauchen, sondern eher IDPs aus gemischten Gebieten aufnehmen.<sup>18</sup>

Neben den ethno-konfessionellen Säuberungen hat der allgemeine Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung die Zunahme von Kriminalität und Milizenherrschaft befördert. Raubüberfälle und Entführungen sind an der Tagesordnung. Besonders die Zunahme bewaffneter Gruppen mit retrograden Interpretationen "islamischer" Verhaltensnormen und Werte führte zu Gewalt gegenüber Irakern, die sich solchen Vorschriften nicht beugen mögen. Solche Gewalt trifft die urbane Mittelklasse, säkular orientierte Iraker und besonders Frauen, wobei die letzteren schon Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Form von Vergewaltigungen und Entführung für Lösegeld sind.<sup>19</sup> Einige Beobachter weisen zusätzlich darauf hin, dass Fluchtbewegungen die durch militärische Operationen ausgelöst werden oft nur wenig Medienaufmerksamkeit finden da sie – im

---

<sup>15</sup> Besonders bekannt wurde der „Schutzwall“ der von den Besatzungsbehörden um das auf der „falschen“ Seite der konfessionellen Trennungslinie gelegene sunnitische Viertel Adhamiyya errichtet wurde. Siehe Pepe Escobar, “We build walls, not nations”, *Asia Times*, 23/04/2007, [http://www.atimes.com/atimes/Middle\\_East/ID24Ak01.html](http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/ID24Ak01.html); Ghaith Abdul-Ahad, “Baghdad: City of Walls,” *Guardian Films/ITV News*, 17/03/2008, <http://www.guardian.co.uk/world/video/2008/mar/17/baghdad.city.of.walls>.

<sup>16</sup> Zaid Al-Ali, *The Case for a US Withdrawal*, presentation am Carnegie Middle East Centre Beirut, 18/01/2008, <http://www.carnegie-mec.org/>.

<sup>17</sup> Steinberg, ebd.

<sup>18</sup> Zaid Al-Ali, ebd.

<sup>19</sup> Bereits 2003 wies Human Rights Watch auf solche Entwicklungen hin. Siehe: *Climate of Fear: Sexual Violence and Abduction of Women and Girls in Baghdad*, HRW, Vol. 15/7, Juli 2003, <http://www.hrw.org/reports/2003/iraq0703/>. Siehe auch Nadjie Al-Ali, “Contextualizing the Plight of Iraqi Women”, *ISIM Review* 20, Herbst 2007, [http://www.isim.nl/files/Review\\_20/Review\\_20-28.pdf](http://www.isim.nl/files/Review_20/Review_20-28.pdf). Schätzungen aus Mitte 2007 sprechen von insgesamt 3.500 vermissten irakischen Frauen seit 2003, von denen mit hoher Wahrscheinlichkeit viele in den Sexhandel in Staaten der Region verkauft wurden. Siehe Henia Dakkak, “Tackling sexual violence, abuse and exploitation”, Sonderausgabe *Forced Migration Review*. Berichte aus Basra sprechen von Dutzenden Frauen, deren Leichen in den Straßen der Stadt aufgefunden wurden und denen auf beigefügten Botschaften "unislamisches" Verhalten vorgeworfen wurde. Siehe Alaa Shahine, “Basra women fear militants behind wave of killings”, <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/THOU-79L2J8?OpenDocument>.

Gegensatz zu ethnisch-konfessionellen Säuberungen - generell als kurzfristige und reversible Phänomene angesehen werden.<sup>20</sup>

Abgesehen von der Gewalt sind trostlose Lebensbedingungen ein weiterer wichtiger Grund für Iraker, ihr Land zu verlassen. Zusätzlich zu den IDPs waren laut Schätzungen der UN rund vier Millionen Iraker im Jahr 2007 nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Im Jahre 2006 lebte ein Drittel der Bevölkerung in Armut.<sup>21</sup> Die Elektrizitätsversorgung ist nach wie vor schlecht: Während der Jahre 2006 und 2007 lag die durchschnittliche tägliche Versorgungsdauer in Bagdad zwischen vier und acht Stunden. Nur ein Drittel der Iraker hat Zugang zu sauberem Trinkwasser; die Abwassersysteme sind kollabiert. Im Jahre 2007 waren fast fünf Millionen irakische Kinder unterernährt.<sup>22</sup> Während der vergangenen zwei Jahre bewegte sich die Arbeitslosenquote zwischen 25 Prozent und 40 Prozent.<sup>23</sup> Humanitäre Hilfe ist nach dem Attentat auf das Bagdader Hauptquartier der Vereinten Nationen im Jahre 2003 und dem darauf folgenden Abzug der meisten internationalen Organisationen erheblich geschrumpft.

Die Beschreibung des Irak als „weltweit schlimmster Einsatzort für internationale humanitäre Organisationen“<sup>24</sup> wirft ein Licht auf die düsteren alltäglichen Lebensumstände denen die Iraker selbst ausgesetzt sind. Die Flucht vieler Fachleute und großer Teile der gebildeten Mittelschicht hat den Druck noch zusätzlich verstärkt, da die verbliebenen staatlichen und sonstigen Dienstleistungs-Institutionen nun zu allem anderen auch noch mit einem akuten Mangel an qualifiziertem Personal zu kämpfen hat. Besonders das Gesundheitswesen wurde durch Vertreibungen und Mordanschläge stark beeinträchtigt.<sup>25</sup>

## Was bewegt irakische Flüchtlinge zur Rückkehr?

### (1) Legale Unsicherheit

Die Haltungen der Aufnahmeländer in der Region gegenüber den irakischen Flüchtlingen werden von widersprüchlichen politischen Orientierungen bestimmt:

"Auf der einen Seite steht die Tradition der "arabischen Brüderlichkeit": ein politischer und moralischer Imperativ Iraker, die Schutz brauchen, zu akzeptieren. Andererseits sind die Aufnahmeländer entschlossen, keine Arrangements zu etablieren, die zu einer

---

<sup>20</sup> Dina Abou Samra, "Military-induced displacement", Sonderausgabe *Forced Migration Review*.

<sup>21</sup> Zitiert in Walter Kälin, "A tragedy of increasing proportions: internal displacement in Iraq", Sonderausgabe *Forced Migration Review*.

<sup>22</sup> "Delivering is never remote: NGO's vital role", Sonderausgabe *Forced Migration Review*.

<sup>23</sup> *Iraq Index, Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-Saddam Iraq*, Brookings Institution, <http://www.brookings.edu/saban/~media/Files/Centers/Saban/Iraq%20Index/index20080131.pdf>.

<sup>24</sup> Kälin, ebd.

<sup>25</sup> Aaron Glantz with Salam Talib, *Iraq Violence Leading to Academic Brain Drain*, 05/10/2006, <http://www.antiwar.com/glantz/?articleid=9791>.

Verstetigung des Aufenthalts der Iraker führen könnten und scheuen daher davor zurück, einen gesicherten Flüchtlingsstatus zu gewähren.<sup>26</sup>

Besonders in Syrien besteht eine ausgeprägte Tradition, Bürgern arabischer Staaten die Türen weit zu öffnen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Bildung zu gewähren, sowie den Erwerb von Grundbesitz und Investitionen in Unternehmen zuzulassen. Syriens positive Rolle in der irakischen Flüchtlingskrise verdient besondere Anerkennung, zumal das Land – wie auch Jordanien - überdies auch eine große Zahlen von palästinensischen Flüchtlingen beherbergt und zusätzlich während des Krieges zwischen Israel und der Hizbullah im Sommer 2006 auch einem plötzlichem Zustrom libanesischer Flüchtlinge seine Tore öffnete.

Jedoch gehen weder Syrien noch Jordanien von einer längerfristigen irakischen Präsenz aus. Da beide Länder nicht zu den Unterzeichnern der UNHCR – Flüchtlingskonvention gehören, werden die Iraker eher als "Gäste" denn als "Flüchtlinge" beherbergt. Die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Verbesserung der Unterstützungsleistungen für die Flüchtlinge werden daher nicht nur durch die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft für entsprechende Hilfsaufrufe der Weltorganisation behindert sondern auch dadurch, dass die Konventionen auf deren Basis UNHCR anderorts operiert in den Aufnahmeländern nicht greifen und mithin kein offizieller Flüchtlingsstatus besteht. Formale Differenzen, wie z.B. dass Syrien die UNHCR-Designation der Iraker als *prima facie* Flüchtlinge (Personen, bei denen ohne Prüfung des Einzelfalles davon ausgegangen wird dass sie Flüchtlinge vor Gewalt und Verfolgung im Sinne der UN-Konvention sind) anerkennt während Jordanien dies nicht tut, sind in der Praxis wenig relevant, da beide Staaten nach dem selben Prinzip agieren: Bereitstellung "eines zeitweiligen Zufluchtsortes bis zur Rückkehr."<sup>27</sup>

Die Klassifizierung der Iraker als "Gäste" oder "Touristen" impliziert legale Restriktionen hinsichtlich Erwerbsarbeit. Weder in Syrien noch in Jordanien ist es Irakern erlaubt zu arbeiten. Personen, deren Expertise als nützlich eingestuft wird, sind jedoch von diesem Verbot ausgenommen, was etwa in Syrien für Ärzte und Ingenieure gilt. In Jordanien erhalten Iraker mit finanziellen Mitteln oder Expertise, die es ihnen erlaubt in jordanischen Unternehmen zu investieren und/oder in Sektoren von „nationalem Interesse“ eine Anstellung zu finden eine jährlich erneuerbare Aufenthaltserlaubnis

---

<sup>26</sup> Patricia Weiss Fagen, *Iraqi Refugees: Seeking Stability in Syria and Jordan*, Institute for the Study of International Migration at Georgetown University and Center for International and Regional Studies at Georgetown University School of Foreign Service in Qatar, 2007, S.5, <http://isim.georgetown.edu/Publications/PatPubs/Iraqi%20Refugees.pdf>.

<sup>27</sup> Geltendes Recht in den Aufnahmeländern erschwert den Erwerb einer ständigen Aufenthaltsgenehmigung oder gar der Staatsbürgerschaft. Siehe Weiss Fagen, ebd. UNHCR hat bis Frühjahr 2008 rund 210.000 irakische Flüchtlinge in Syrien, Jordanien und Libanon registriert, sicher nur ein geringer Teil der gesamten Flüchtlingsbevölkerung in diesen Ländern. Siehe Michel Gabaudan, ebd. Als Gründe für den niedrigen Grad an Registrierung können Mangel an Information und Personal und Furcht vor offizieller Identifikation und/oder Deportation bei Ablauf des legalen Status vermutet werden. Auch vermeiden viele Iraker die Bezeichnung "Flüchtling" wegen des damit verbundenen sozialen Stigmas. Weil Jordanien die *prima facie* Designation nicht akzeptiert, können sich Iraker dort beim UNCHR nur als Asylbewerber registrieren lassen. Da damit jedoch keinerlei Verbesserung ihres legalen Status oder der für sie zugänglichen Dienstleistungen verbunden sind und die Zahl der aufgenommenen Asylbewerber minimal bleibt, haben sich bis jetzt nur 45.000 als solche registrieren lassen. Siehe Weiss Fagen, ebd. UNCHR Syrien empfahl zwischen Februar 2007 und May 2008 rund 11.000 Flüchtlinge für politisches Asyl in Drittländern; nur etwa 10 Prozent davon wurden tatsächlich aufgenommen. Siehe UNCHR Syria May Update, May 2008, <http://www.un.org.sy/publications/UNHCR%20Syria%20Update%20May%202008.pdf>.

sowie Zugang zum Bildungssektor und öffentlichen Dienstleistungen.<sup>28</sup> In der Praxis werden allerdings viele irakische Flüchtlinge als illegale Arbeitskräfte zu Niedrigslöhnen beschäftigt. Während die syrischen Behörden bei illegaler Arbeitsaufnahme zumeist ein Auge zudrücken werden solche Vergehen in Jordanien strenger geahndet und führen zu Verhaftung und Abschiebung.<sup>29</sup>

In diesem Kontext sollte erneut betont werden, dass sowohl Jordanien als auch Syrien bislang mit beeindruckender Großzügigkeit auf einen Zustrom von Flüchtlinge reagiert haben der, gemessen an ihren eigenen Bevölkerungszahlen und geringen Ressourcen, weit über alles hinausgeht was westliche Länder seit den massiven Bevölkerungsbewegungen des 2. Weltkriegs zu bewältigen hatten. (Um eine vergleichbare Dimension zu erreichen, müsste ein Land wie Deutschland zwischen fünf und sieben Millionen Flüchtlinge aufnehmen). Wenn diese Großzügigkeit – von Seiten der Regierungen wie auch der Bevölkerung - langsam nachlässt dann nicht zuletzt auch aufgrund der Weigerung der Besatzungsmächte und der internationalen Gemeinschaft einen angemessenen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen.

"Verstärkte Restriktionen für irakische Flüchtlinge sind wenigstens zum Teil eine Antwort auf das Ausbleiben von Unterstützung durch die USA und andere Geberländer, wie auch durch die Regierung des Iraks selbst, um die von den Aufnahmeländern übernommenen gewaltigen Belastungen zu erleichtern."<sup>30</sup>

## (2) Wirtschaftliche und soziale Notlage

Neben den bereits genannten Restriktionen bringt das Fehlen von Arbeitsmöglichkeiten – selbst informeller Art – mehr und mehr Flüchtlinge in eine verzweifelte finanzielle Situation. Besonders für diejenigen, die schon im Irak zu den ärmeren Bevölkerungsschichten gehörten (fast die Hälfte der Flüchtlinge in der Region),<sup>31</sup> ist die Situation im Exil kritisch geworden. Die überwiegende Mehrheit lebt von Ersparnissen und/oder Einkommen aus dem Irak oder ist auf die Hilfe von Verwandten und Freunden angewiesen.<sup>32</sup> Inflation und steigende Preise, besonders bei Mieten und Grundnahrungsmitteln und das Dahinschwinden ihrer Ersparnisse haben viele Flüchtlinge in finanzielle Notlagen gebracht.<sup>33</sup>

Mit den ökonomischen Engpässen verschlechtern sich zwangsläufig auch die Lebensbedingungen. Iraker, die zunächst in den Innenstädten von Amman, Damaskus und Beirut Wohnungen gemietet hatten werden zunehmend in Außenbezirke gedrängt

---

<sup>28</sup> Irakische Flüchtlinge ohne Finanzmittel für größere Investitionen müssen nachweisen, dass sie für sich selbst aufzukommen können und ca. 150.000 US-Dollar in einer jordanischen Bank deponieren. Viele dieser ehemals wohlhabenden Familien, die nicht in der Lage waren zu investieren oder qualifizierte Arbeit zu finden haben ihre Ersparnisse aufgebraucht und sind verarmt. Siehe Weiss Fagen, ebd.

<sup>29</sup> Amnesty International, ebd.

<sup>30</sup> Refugees International, zitiert in *The Daily Star*, 15/11/2007.

<sup>31</sup> Leenders, ebd.

<sup>32</sup> Siehe FAFO, *Iraqis in Jordan 2007 - their number and characteristics; IPSOS Survey on Iraqi Refugees*, Damascus, November 2007, <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/opendoc.pdf?tbl=SUBSITES&id=476267512>.

<sup>33</sup> Laut einer Umfrage des UNCHR in Damaskus im März 2008 lebten rund 20 Prozent der Befragten von weniger als 100 US Dollar im Monat, gegenüber 5 Prozent im November 2007. Siehe <http://www.un.org.sy/publications/UNHCR%20Syria%20Update%20May%202008.pdf>.

wo die Mieten niedriger sind, und suchen vermehrt in palästinensischen Flüchtlingslagern und Slums Unterschlupf.<sup>34</sup> Dementsprechend hat sich auch die gesundheitliche Situation der Flüchtlinge gravierend verschlechtert. Chronische Krankheiten, unter denen mehr als die Hälfte der Flüchtlinge in Syrien und 10 Prozent derjenigen in Jordanien leiden, werden oft nicht behandelt. Unzureichende Wasserversorgung in ärmeren Gebieten Jordaniens trägt zu den sich verschlechternden gesundheitlichen Bedingungen bei; unter der wachsenden Schicht armer Flüchtlinge in Syrien sind Anzeichen von Unterernährung zu erkennen.<sup>35</sup> Knappe Ressourcen treffen besonders irakische Kinder und Jugendliche: Obwohl die syrischen Behörden keinerlei legale Einschränkungen für den Schulbesuch erlassen haben (in Jordanien wurden solche Restriktionen für Kinder unregistrierter Ausländer erst im August 2007 aufgehoben) gehen nur 10 Prozent der irakischen Kinder in Syrien zur Schule. In vielen Fällen fehlen abgesehen von den notwendigen Dokumenten die finanziellen Mittel oder sind die Familien darauf angewiesen, dass die Kinder zum Haushaltseinkommen beitragen.

Besonders alarmierend ist in diesem Zusammenhang die Zunahme von Prostitution in großem Umfang. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen beobachten dass mit der Zunahme der Gewalt im Irak die Anzahl der von Frauen geführten Haushalte unter den Flüchtlingen zunimmt.<sup>36</sup> Das Wiederaufleben von Praktiken wie etwa der „Zeitehe“, bei der eine junge Frau für einige Tage und ein bestimmtes Entgelt eine Ehe mit einem Mann schließt und danach in traditioneller Art geschieden wird,<sup>37</sup> weist darauf hin, dass Familien und insbesondere unverheiratete Frauen oft keine andere Möglichkeit haben, sich und ihre Angehörigen zu ernähren. In den Worten der UN-Beauftragten Erika Feller "handelt es sich daher rein formell gesehen nicht um Prostitution, aber in Wahrheit ist es Überlebenssex."<sup>38</sup>

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR ist in den wichtigen Aufnahmeländern präsent und organisiert die humanitären Bemühungen für die irakischen Flüchtlinge. Im Allgemeinen erreicht jedoch die Hilfe, die durch die UN Organisationen und einige NGOs geleistet wird, nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen. Beobachter warnen daher mittelfristig vor einer dramatischen Verschlechterung der sozialen Situation.

---

<sup>34</sup> Leenders, ebd.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Katherine Zoepf, "The Reach of War. Iraqi Refugees, in Desperation, Turn to the Sex Trade in Syria", *The New York Times*, 29/05/2007. Es wird angenommen, dass 90 Prozent aller Todesopfer Männer sind, die eine große Zahl von Witwen und Waisen ohne Unterstützung hinterlassen. Siehe "Delivering is never remote: NGO's vital role", Sonderausgabe *Forced Migration Review*. Zahlen des irakischen Roten Halbmonds zufolge sind 70 Prozent der Flüchtlinge entweder Frauen oder Kinder unter 12 Jahren. See Gabaudan, ebd.

<sup>37</sup> *Al-Hayat*, 02/01/2008, [http://www.daralhayat.com/arab\\_news/levant\\_news/01-2008/Item-20080101-36bb6ac4-c0a8-10ed-0025-b6fb70a12a9/story.html](http://www.daralhayat.com/arab_news/levant_news/01-2008/Item-20080101-36bb6ac4-c0a8-10ed-0025-b6fb70a12a9/story.html) (Arabisch).

<sup>38</sup> *Al-Hayat*, ebd; "UNHCR sounds alarm on Iraqi refugee women forced into 'survival sex'. Private Group urges America to bear more of humanitarian burden", *The Daily Star*, 15/11/2007. Ungeachtet des mit Prostitution verbundenen Stigmas hat sogar der irakische Fernsehsender *Al-Sharqiya* das Problem thematisiert und dabei versteckt aufgenommene Bilder von jungen Frauen und sogar Mädchen in Damaszener Nachtclubs gezeigt; der Kommentar betonte dass es dabei ums schlichte Überleben gehe. Siehe auch Lina Sinjab, "Prostitution ordeal of Iraqi girls", *BBC news*, 03/12/07, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/7119473.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7119473.stm).

"Ohne Maßnahmen, die alternative Einkommensgenerierung erlauben und erleichtern und/oder eine effektive humanitäre Hilfe, ist der Status Quo der irakischen Flüchtlinge in finanzieller Hinsicht nicht aufrecht zu erhalten."<sup>39</sup>

## Reif für die Rückkehr?

Seit Anfang Oktober 2007 haben Nachrichten über die Rückkehr einer "erheblichen" Anzahl von irakischen Flüchtlingen vor allem aus Syrien für Schlagzeilen in westlichen Medien gesorgt.<sup>40</sup> Die irakische Regierung, unter erheblichem Druck insbesondere von amerikanischer Seite angesichts des schleppenden Verlaufs angemahnter politischer Reformen, erkannte sogleich das publizistische Potential dieser Entwicklung und präsentierte die „Rückkehrwelle“ als Beleg für eine signifikante Verbesserung der Lage im Land. Öffentlichkeitswirksame Sofortmaßnahmen wie die Einrichtung eines kostenlosen Bus-Transfers für Rückkehrer aus Damaskus und eine einmalige Unterstützungsleistung von einer Million Dinar (ca. \$ 850) sollten weitere Rückkehrer ermutigen.<sup>41</sup> Beobachter sprechen von einer „Politisierung“ der Rückkehr, „die sowohl von der irakischen als auch der US-Regierung als Indikator für den Erfolg ihrer Strategie benutzt werden.“<sup>42</sup> Im Kontrast dazu haben internationale Organisationen wie UNHCR mit Zurückhaltung reagiert und vor der noch immer schwierigen Sicherheitslage gewarnt. Zahlreiche Berichte aus dem Irak – von neutralen Beobachtern ebenso wie von den Besatzungsmächten - deuten darauf hin, dass die irakischen Behörden nicht ausreichend auf eine große Zahl von Rückkehrern vorbereitet sind.<sup>43</sup> Die International Crisis Group kam in einer im Mai 2008 veröffentlichten Studie zu dem Schluss dass es „extrem verantwortungslos wäre Iraker zur Rückkehr zu ermutigen bevor nicht eine erhebliche und dauerhafte Verbesserung eintritt.“<sup>44</sup>

Organisationen mit Zugang zu den Flüchtlingen sowie zahlreiche Presseberichte weisen darauf hin, dass viele Rückkehrer vor allem wegen der zunehmend aussichtslosen Situation in den Aufnahmeländern zu dieser Entscheidung kommen.<sup>45</sup> Trotz alledem

---

<sup>39</sup> Leenders, ebd.

<sup>40</sup> Der Irakische Rote Halbmond berichtete von ca. 50.000 Rückkehrern aus Syrien zwischen September 2007 und Januar 2008. Siehe [http://www.iraqredcrescent.org/Returnees\\_update\\_3\\_EN.pdf](http://www.iraqredcrescent.org/Returnees_update_3_EN.pdf).

<sup>41</sup> Der offizielle irakische Enthusiasmus angesichts der „Rückkehrwelle“ steht in deutlichem Kontrast zur Gleichgültigkeit für das Schicksal der Flüchtlinge, die von neutralen Beobachtern wie der International Crisis Group mit dem Attribut „schäbig“ versehen wurde. Siehe International Crisis Group, „Failed Responsibilities: Iraqi Refugees in Syria, Jordan and Lebanon“, *Middle East Report* 77, 10/07/2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5563&l=1>.

<sup>42</sup> Kristell Younes und Nir Rosen, *Uprooted and Unstable: Meeting Urgent Humanitarian Needs in Iraq*, Refugees International, April 2008, <http://www.refugeesinternational.org/content/publication/detail/10570/>.

<sup>43</sup> Siehe <http://www.refugeesinternational.org/content/article/detail/10679/>; „Iraq: UNHCR cautious about returns“, <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/news/opendoc.htm?tbl=NEWS&id=4746da102>. Colonel William Raab, ein hochrangiger Mitarbeiter von General Petraeus, wurde von lokalen Medien mit der Einschätzung zitiert, die irakische Regierung habe "keinen Plan zur Aufnahme von substanziellen Zahlen von Flüchtlingen erarbeitet“, *Az-Zaman*, 17/12/07, <http://www.azzaman.com/index.asp?fname=2007\12\12-02\817.htm> (Arabisch).

<sup>44</sup> ICG, „Failed Responsibilities“, ebd.

<sup>45</sup> Laut einer Befragung durch das UNHCR in Damaskus im November 2007 war für 46 Prozent der Rückkehrer ihre finanziellen Not(lage) ausschlaggebend, 25 Prozent kehrten wegen abgelaufener Visa zurück, nur 14 Prozent weil sie von der verbesserten Sicherheitslage gehört hatten. Zahlen wiedergegeben von Bill Frelick (Human Rights Watch), CAP/hbs-Konferenz, Dezember 2007.

waren bis Ende Januar 2008 gerade einmal 3 Prozent der irakischen Flüchtlinge in Syrien zurückgekehrt;<sup>46</sup> die Rückkehr der mehr als zwei Millionen IDPs scheint gleichsam schleppend zu verlaufen.<sup>47</sup>

Wie in Teil 1 dieses Berichtes dargestellt, existiert eine nahezu überwältigende und in ihrer Intensität zunehmende Anzahl von Faktoren, die Flüchtlinge zu einer Rückkehr in den Irak motivieren könnten sobald diese möglich und unbedenklich erscheint. Gleiches gilt für IDPs, deren Situation oft ähnlich verzweifelt ist.<sup>48</sup> Doch die potentiellen Rückkehrer sehen sich vor einer schweren Entscheidung: Rückkehr ist, ebenso wie Flucht, ein aufwendiger Schritt der für viele die letzten Reste ihrer Ersparnisse verschlingen wird. Verschärfte Kontrolle über die Bewegungen von Flüchtlingen und IDPs – elf von achtzehn irakische Provinzen haben scharfe Kontrollen an den Provinzgrenzen etabliert und weisen neue IDPs zurück; die hauptsächlichen Aufnahmeländer haben Restriktionen über die Einreise von Irakern verhängt<sup>49</sup> - implizieren dass eine *erneute* Flucht sogar noch komplizierter und teurer würde. Für viele bedeutet dies, dass die Entscheidung, ihre prekäre aber zumindest auf absehbare Zeit sichere Existenz im Exil für eine Rückkehr in den Irak aufzugeben irreversibel ist – selbst wenn sie sich im Irak in unhaltbaren Verhältnissen wieder finden und unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind.

Flüchtlinge und IDPs müssen daher ihre zunehmend schwierige Situation in den Aufnahmeländern gegen die verfügbaren Informationen aus ihren Heimatregionen abwägen. Neben der aus der Migrationswissenschaft bekannten Terminologie von „Push“- und „Pull“-Faktoren (Umstände, die zum Verlassen eines Ortes motivieren vs. solche, die einen Ort für Migranten attraktiv erscheinen lassen) sind hierbei auch solche Faktoren zu berücksichtigen, die die Flüchtlinge dazu bewegen, an ihrem aktuellen Aufenthaltsort auszuharren – „Put“-Faktoren in einer analogen Begrifflichkeit. Manche dieser „Put“-Faktoren, die Flüchtlinge von der Rückkehr abhalten, wirken zugleich als „Push“-Faktoren für Iraker, die bislang in ihrer Heimat ausgeharrt haben und erst jetzt zu Flüchtlingen werden (z.B. erneute Anschlagsserien oder Militäroperationen), während andere - wie etwa der Verlust der Unterkunft während der Abwesenheit - nur für Flüchtlinge und IDPs gelten.

---

<sup>46</sup> Andere Berichte deuten darauf hin dass die Anzahl der Flüchtlinge sogar zunimmt: Laut Informationen, die die Internationale Organisation für Migration (IOM) von den syrischen Grenzbeamten erhielt, gab es einen Netto-Zustrom von irakischen Flüchtlingen nach Syrien von ca. 500 per Tag im Dezember und Januar. Siehe <http://www.middle-east-online.com/english/iraq/?id=24199>. Einwohnern von Damaszener Stadtvierteln mit hohen Konzentrationen von Irakern wie etwa Jaramanah bestätigten bei Gesprächen im Februar, dass viele ihrer irakischen Nachbarn nach „Erkundungsreisen“ in den Irak enttäuscht zurückgekehrt seien und Rückkehrpläne vorläufig aufgegeben hätten.

<sup>47</sup> Laut IOM haben sich 3 Prozent der IDPs aus Bagdad als zurückkehrende IDPs beim Ministerium für Vertreibung und Flüchtlinge angemeldet, während weitere 6 Prozent auf die Registrierung "warten" (die notwendig ist, um die versprochene staatliche Hilfe für Rückkehrer zu erhalten) IOM, *Iraq Displacement, 2007 Year in Review*, [http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/media/docs/reports/2007\\_year\\_in\\_review.pdf](http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/media/docs/reports/2007_year_in_review.pdf).

<sup>48</sup> IDPs haben häufig keinen Zugang zu rationierten Lebensmitteln und dem Bildungssystem. Siehe "Falling Short - The Unmet Needs of Iraq's Internally Displaced", *Mercycorps Policy Brief # 3*, October 2007, <http://www.mercycorps.org/files/file1196719754.pdf>.

<sup>49</sup> Jordanien hat de facto seine Grenzen für Iraker seit Januar 2007 geschlossen, während Syrien zum ersten Mal im September 2007 Einschränkungen eingeführt hat. Diese Regeln wurden seitdem mehrmals geändert und Iraker reisen weiterhin nach Syrien ein; eine plötzliche Verschärfung erscheint jedoch jederzeit möglich.

## (1) Fragile Stabilität

Der erste und dringlichste „Put“-Faktor ist Unsicherheit darüber, ob die erkennbare Verbesserung der Sicherheitslage auf lange Sicht aufrechterhalten werden kann. Eine Reihe von verheerenden Angriffen zwischen Januar und Juli erinnern daran, dass das Potential für Rückfälle noch immer sehr hoch ist. Kriegsmüdigkeit und ein möglicher Machtwechsel bei den Präsidentschaftswahlen in den USA könnten zu einer substantiellen Reduzierung der alliierten Truppenstärke führen. Wichtiger noch erscheint dass die momentanen Verbesserungen der Sicherheitslage zu einem nicht geringen Teil auf die erfolgreiche Kooptation von Sunniten zurückzuführen ist, die zuvor mit dem Widerstand sympathisierten und nun mit finanzieller Hilfe der USA sunnitische Proto-Milizen ("Erwachungsräte") etabliert haben. Eine weitere Stabilisierung gelang durch das im August 2007 von Schiitenführer Muqtada Sadr verkündete und im Februar 2008 erneuerte Moratorium für die Aktivitäten der Mahdi-Armee. Die Überlebensfähigkeit dieser Balance ist alles andere als sicher und hängt von einer komplexen Anordnung lokaler und regionaler Kalküle ab, die selbst für Experten schwierig zu bestimmen sind, ganz zu schweigen von Flüchtlingen und IDPs mit limitiertem Zugang zu Informationen.

Auf sunnitischer Seite bleibt zweifelhaft, ob die entstandenen Milizen einer irakischen Regierung loyal bleiben werden, die sie weiterhin als feindlich einstufen.<sup>50</sup> Die staatlich kontrollierten Sicherheitskräfte sind konfessionell zersplittert, mit dem Innenministerium unter schiitischer und dem Verteidigungsministerium unter sunnitischer Kontrolle. In Basra und dem größten Teil des Südens werden die Rivalitäten zwischen verschiedenen lokalen Schiiten-Milizen und, in zunehmendem Maße, Einheiten der Mahdi-Armee, die nach dem Waffenstillstand aus Bagdad verlegt wurden, durch die Möglichkeit angeheizt, große Mengen von Rohöl zu veruntreuen und zu verkaufen.<sup>51</sup> Charles Tripp, einer der bedeutendsten Spezialisten für die moderne Geschichte des Irak, kommt zu einer ernüchternden Einschätzung:

"Angesichts der Leidenschaften und der Interessen die auf dem Spiel stehen sowie der Zugänglichkeit der irakischen Politik gegenüber regionalen Einflüssen und Interventionen erscheint die Situation fragil. Keine der Parteien hat die Absicht, der Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele abzuschwören. Lokale Anführer haben möglicherweise keine so starke Kontrolle über ihre Anhänger, wie sie es andere gerne glauben machen wollen. Deshalb ist eine zweite Phase des Bürgerkriegs sehr einfach vorstellbar, besonders falls kritische regionale Ereignisse, wie z.B. eine amerikanisch-iranische Konfrontation, durch Klienten im Irak repliziert werden."<sup>52</sup>

Zur gleichen Zeit haben Versuche, den politischen Prozess voranzubringen und die Autorität der Regierung von Ministerpräsident Nouri El-Maliki zu stabilisieren bislang keine eindeutigen Ergebnisse gebracht. Erneute Konflikte über Machtanteile an der Regierung und Ressourcen innerhalb eines neuen Kräftegleichgewichts bleiben möglich. Erneute Angriffe, besonders auf bekannte politische oder religiöse Persönlichkeiten,

---

<sup>50</sup> Siehe Ghaith Abdul-Ahad, "Meet Abu Abed: the US's new ally against al-Qaida", *The Guardian*, 10/11/2007, <http://www.guardian.co.uk/print/0,,331225411-110878,00.html>, Nir Rosen, "The Myth of the Surge".

<sup>51</sup> See in particular ICG, "Where Is Iraq Heading? Lessons from Basra", *Middle East Report* 67, 25/06/2007, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4914&l=1>.

<sup>52</sup> Charles Tripp, "Local Power in Iraq", *Le Monde Diplomatique*, January 2008, <http://mondediplo.com/2008/01/02iraq>.

könnten eine neue Kettenreaktion von Gewalt und Vergeltung auslösen. Folglich beschreiben neutrale Beobachter wie die International Crisis Group (ICG) die Situation als "sehr zerbrechlich" und die Sicherheitsgewinne als "potentiell reversibel".<sup>53</sup> Wenn das die Meinung der Experten ist, dann kann kaum überraschen, dass die Flüchtlinge und IDPs - die den Mangel an Expertise durch direkte Kontakte zu Verwandten und Freunden wettmachen können - zögern, sich und ihre Familien solchen Risiken auszusetzen.<sup>54</sup> Die wenigen Journalisten, die noch vor Ort arbeiten, warnen davor, unter den Flüchtlingen ein Gefühl der Sicherheit zu verbreiten, während die Realität vor Ort noch immer deutlich anders aussieht.<sup>55</sup>

---

<sup>53</sup> International Crisis Group (ICG), "Iraq's Civil War, the Sadrists and the Surge," *Middle East Report* 72, 07/02/2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5286&l=1>.

<sup>54</sup> Bei Umfragen im Irak im Februar 2008 riet eine Mehrheit der Befragten ihren Landsleuten im Ausland von einer Rückkehr in den Irak ab. Siehe "Iraqi Poll March 2008", ABC News, BBC, ARD, NHK, [http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/14\\_03\\_08iraqpollmarch2008.pdf](http://news.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/14_03_08iraqpollmarch2008.pdf).

<sup>55</sup> Gespräche mit Journalisten Ghaith Abdul-Ahad und Nir Rosen in 2007 and 2008, siehe auch <http://www.guardian.co.uk/news/audio/2007/nov/29/guardian.weekly.extra>.

## (2) Keine substantielle Verbesserung der Lebensbedingungen

Bedingt durch die andauernde politische Krise hat sich die Verbesserung der Sicherheitssituation bis jetzt noch nicht in einer substantiellen Verbesserung der oben beschriebenen miserablen alltäglichen Lebensbedingungen oder wichtiger Dienstleistungen niedergeschlagen.<sup>56</sup> Ende 2007 berichteten Reportagen über den Ausbruch einer Choleraepidemie durch verschmutztes Wasser.<sup>57</sup> Die Stromversorgung ist immer noch unzureichend und lähmt jegliche Art von potenziell einträglicher Aktivität.<sup>58</sup> Aufgrund schwacher Institutionen, Bürokratie, Personalmangel und fehlender Sicherheit hatte die irakische Regierung gegen Ende September 2007 nur 2,5 Mrd. US-Dollar an Investitionsmitteln ausgegeben, weniger als 25 Prozent der Summe die der Staatshaushalt für den Zeitraum Januar bis Dezember 2007 vorgesehen hatte. Ein konsequenter Wiederaufbau parallel zur Verbesserung der Sicherheitslage ist jedoch besonders kritisch für eine Rückkehr der Flüchtlinge, da Wiederaufbau und Investitionen sehr schnell neue Arbeitsplätze schaffen und eine erhöhte Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften initiieren würden (Ärzte, Ingenieure, usw.) die sich unter den Flüchtlingen in großer Zahl finden. Stattdessen schafft die Flüchtlingskrise selbst nun eine weitere Motivation, das Land zu verlassen bzw. schreckt Flüchtlinge von der Rückkehr ab, da sie zu einem akuten Mangel an solchen Fachkräften und zu einem dramatischen Rückgang der Qualität essentieller Dienstleistungen (bes. im medizinischen Bereich) geführt hat. Gerade im öffentlichen Sektor wurden überdies die Arbeitsplätze der Flüchtlinge oftmals von weniger qualifizierten Kräften mit guten politischen Verbindungen besetzt, die ihre neuen Positionen kaum kampfflos räumen werden.

„Diese Dynamiken initiieren einen ökonomischen Teufelskreis: Gewalt verursacht Flucht, Flucht behindert Wiederaufbau, und das Scheitern des Wiederaufbaus führt zu neuer Gewalt.“<sup>59</sup>

Schließlich hat der Rückgriff auf traditionelle und lokale (meist Stammes-) Führungen - in Anbar und Diyala und zunehmend auch im Süden -, der sich als ein Kernstück der amerikanischen Aufstandsbekämpfungs-Strategie herausgestellt hat, große Teile des Irak wieder unter vormoderne, mehr oder weniger willkürliche Herrschaftsformen gebracht - eine Aussicht, die vor allem für die überproportional unter den Flüchtlingen vertretenen Angehörigen der säkularen Elite und Mittelklasse wenig einladend erscheinen dürfte.

"Ein Iraker drückte es so aus: 'Die USA sind einen Saddam losgeworden, nur um ihn durch 50 zu ersetzen.' Für viele Menschen sind diese kleinen Saddams und ihre Milizen, Gefangenenlager, lokalen Gerichte und Steuern zu einer Tatsache ihres Lebens geworden. Einige akzeptieren dies als Preis für zunehmende Sicherheit für ihre Gemeinde, Nachbarschaft, oder gar Straße. Andere, die sich nicht bereit sind sich

---

<sup>56</sup> Für einen Überblick über Lebensbedingungen, Lebenshaltungskosten und die Verfügbarkeit essentieller Dienstleistungen siehe BBC, *Life in Iraq*, [http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/in\\_depth/post\\_saddam\\_iraq/html/1.stm](http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/in_depth/post_saddam_iraq/html/1.stm).

<sup>57</sup> "Emergency Relief for Iraq's Cholera Outbreak", *Reuters*, <http://www.alertnet.org/thenews/fromthefield/219563/119462664293.htm>.

<sup>58</sup> Peter Kenyon, "Corruption Thwarts Electricity Service in Iraq", NPR, 25/02/2008, <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=19333983>; Hugh Sykes, "Fuelling Baghdad's energy crisis", BBC news 08/03/2008, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/from\\_our\\_own\\_correspondent/7283534.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/from_our_own_correspondent/7283534.stm).

<sup>59</sup> International Crisis Group, "Failed Responsibilities".

anzupassen, aber den Preis – in Blut – für Widerstand kennen, sind geflohen – wenn sie konnten ins Ausland, oder in einen anderen Teil des Iraks wo sie weniger auffallen.“<sup>60</sup>

### (3) Rückkehr in die Obdachlosigkeit

Wie bereits erwähnt ist eine große Anzahl von Flüchtlingen und IDPs vor ethno-konfessionellen Säuberungen geflohen. Die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene gestärkte Position lokaler Machthaber bringt es mit sich, dass Rückkehrer in ehemals gemischte Provinzen wie z.B. Diyala sich der Willkür von Personen aussetzen, die oft direkt oder indirekt an ihrer Vertreibung beteiligt waren und in vielen Fällen noch immer mit den Tätern sympathisieren oder kooperieren - ohne große Hoffnung, dass der Staat in der Lage oder willens ist, den Rückkehrern Schutz zu geben oder für ihre Sicherheit zu garantieren.

Die Situation in Bagdad scheint aufgrund der stärkeren Präsenz der Koalitionstruppen und staatliche Sicherheitsorgane etwas besser zu sein. Durch das "Moratorium" für die Aktionen der schiitischen Mahdi-Armee ist die systematische Übernahme und „Säuberung“ gemischt-konfessioneller Viertel gestoppt worden. Vereinzelt legen Berichte den Schluss nahe, dass die anscheinende Konsolidierung der konfessionellen Teilung der Stadt frühere Einwohner dazu ermutigt, in zuvor gemischte Viertel zurückzukehren die nun von ihrer eigenen Gemeinschaft kontrolliert werden. Jedoch gibt es bis jetzt noch keine Anzeichen, dass Flüchtlinge und IDPs in Viertel zurückkehren, in denen sie Teil der Minderheit wären. Während viele Rückkehrer ihre Häuser geplündert und verwüstet vorfinden, können andere noch nicht einmal ihre Häuser betreten, da diese bereits bewohnt sind, oft von IDPs, die selbst nicht in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren können. Besonders in Fällen wo diese neuen Bewohner zur neuen Mehrheit des Viertels gehören und die ursprünglichen Bewohner zur Minderheit, sind die Chancen solche Wohnungen zurückzuerlangen praktisch gleich null.<sup>61</sup> Bis jetzt existiert noch kein Plan oder Mechanismus, um solche Situationen durch Eingreifen staatlicher Institutionen zu lösen.<sup>62</sup> Medienberichte deuten auch darauf hin, dass ein Teil der

---

<sup>60</sup> Tripp, ebd. Es ist wenig hilfreich, dass solch kontroverse Persönlichkeiten wie Bayan Jabr, der beschuldigt ist, während seiner Zeit als Innenminister den Aufbau von Todesschwadronen und die Errichtung von Geheimgefängnissen unterstützt zu haben, weiterhin Posten in der irakischen Regierung innehaben. Siehe "Iraq official defends 'torture' facility", CNN 18/11/2005, <http://edition.cnn.com/2005/WORLD/meast/11/17/iraq.detainees/index.html>; "The minister of civil war", *Harper's*, August 2006, <http://www.harpers.org/archive/2006/08/0081159>.

<sup>61</sup> Cara Buckley, "Refugees Risk Coming Home to an Unready Iraq", *The New York Times*, 27/12/2007, <http://www.nytimes.com/2007/12/20/world/middleeast/20refugees.html?pagewanted=print>; BBC News, "Iraqi refugees: 'We can't return'," 18/01/2008, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/7187258.stm>; IRIN Humanitarian News and Analysis, "Iraq: Returning to destroyed, looted or occupied homes", 09/12/2007, <http://www.irinnews.org/PrintReport.aspx?ReportId=75770#>; Haider Salahuddin, "Iraqi refugees return to face uncertainty at home", Reuters, 01/12/2007, <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L30246588.htm>. Die irakische Regierung hat rund 200 Mio. Dollar an Wiedereingliederungshilfen zur Verfügung gestellt; angesichts geringer administrativer Kapazitäten und vergangener Erfahrung (so wurde die versprochene Einmalzahlung von \$ 850 laut Berichten des Irakischen Roten Halbmonds monatelang verzögert) erscheint jedoch zweifelhaft ob diese Hilfen jemals die Bedürftigen erreichen werden.

<sup>62</sup> Das Ministerium für Vertreibung und Migration hat eine besondere Abteilung zur Klärung von Eigentumskonflikten eingerichtet, die auf politische Entscheidungen des Saddam-Regimes (d.h. politisch motivierte Vertreibungen) vor 2003 zurückgehen und wird darin von der IOM unterstützt. Grundsätzlich sollte sich also die institutionelle Kompetenz zur Abwicklung solcher Restitutionsprozesse herausbilden. Es wird jedoch sicherlich viel Zeit und ein deutlich anderes politisches Umfeld brauchen, ehe die jüngsten Vertreibungswellen in ähnlicher Weise aufgearbeitet werden können.

Flüchtlinge ihren Besitz unter Zwang veräußert hat, sei es um Geld für die Flucht aufzutreiben oder aufgrund direkter Drohungen durch Milizen.<sup>63</sup> Es könnte also eine möglicherweise erhebliche Anzahl von Fällen geben, in denen die neuen Bewohner rechtmäßigen Besitz reklamieren können und ein langwieriger Prozess von Anfechtungen und Überprüfungen von Eigentumstransfers erforderlich ist.

"Es besteht die sehr reale Gefahr, dass die zurückkehrenden Flüchtlinge die Reihen der intern Vertriebenen verstärken. Berichte sind vereinzelt und lückenhaft, legen aber nahe, dass einige der Rückkehrer nicht in ihre Häuser und Gemeinschaften zurückkehren, sondern eher in Gebiete in denen sie sich sicher fühlen, und besonders wo sie nicht in der konfessionellen Minderheit sind."<sup>64</sup>

Eine erhöhte Zahl von Rückkehrern würde zwangsläufig die Zahl der potentiellen Eigentumskonflikte erhöhen und zusätzlichen Druck auf die bereits heute überforderten administrativen Strukturen und die schon jetzt unzureichenden humanitären Unterstützungssysteme ausüben. Eine weiteres Anwachsen der Zahl der IDPs – durch Rückkehr oder neue Gewalt – und das Ausbleiben einer politischen Lösung dieses Problems könnte die Stabilitätsgewinne des vergangenen Jahres gefährden. Besonders IDPs deren Häuser nun von Angehörigen einer anderen ethno-konfessionellen Gemeinschaft bewohnt werden könnten versucht sein, „Entschädigung“ dort zu erlangen, wo Angehörige dieser Gruppen in der Minderheit, ihre eigene ethno-konfessionelle Gemeinschaft aber in der Mehrheit sind, und dabei auf die Hilfe lokaler Milizen zurückgreifen.

"Wir haben in anderen Studien die enge Beziehung zwischen IDPs und Frieden beobachtet. In nahezu der Hälfte aller Fälle kommt es nach Abschluss eines Friedensabkommens zu einem erneuten Ausbruch von Gewalt - häufig weil IDPs ihr altes Leben nicht wieder aufnehmen konnten, weil sie nicht in ihre Herkunftsorte zurückkehren konnten, oder weil sie nicht in der Lage waren, in ihrer neuen Heimat ein neues Leben aufzubauen."<sup>65</sup>

---

Jüngsten Berichte deuten auf ein Wirrwarr an improvisierten Maßnahmen verschiedener Akteure (Siehe Younes und Rosen, ebd.).

<sup>63</sup> Megan Greenwell, "Fear Drives Baghdad's Housing Bust," *The Washington Post*, 21/09/2007, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/09/20/AR2007092002686.html>.

<sup>64</sup> Elisabeth Ferris, "The Real Challenge of Internal Displacement in Iraq", Brookings Institution, 29/01/2008, [http://www.brookings.edu/speeches/2007/1206\\_iraq\\_ferris.aspx](http://www.brookings.edu/speeches/2007/1206_iraq_ferris.aspx). Auf der CAP/hbs Konferenz *Iraq's Displacement Crisis and the International Response* schätzte der Präsident des Irakischen Roten Halbmonds Said Hakki dass von ca. 30,000 bis zu diesem Zeitpunkt aus Syrien zurückgekehrten Flüchtlingen ungefähr 20 Prozent nach ihrer Ankunft zu IDPs wurden. Neuere Schätzungen gehen von einer weitaus höheren Quote von bis zu 70 Prozent aus (Siehe Younes und Rosen, ebd).

<sup>65</sup> Elisabeth Ferris, presentation at CAP/hbs conference.

## Schlussfolgerung

Im Gegensatz zu manchen medialen Repräsentationen kehren irakische Flüchtlinge trotz der erkennbaren Verbesserung der Sicherheitssituation nicht in großer Zahl in den Irak zurück. Dieser Bericht hat versucht darzulegen, dass die Entscheidung zum Verbleib in zunehmend weniger gastfreundlichen Aufnahmeländern nicht leichtfertig getroffen wird und dass es gute Gründe gibt die diese Menschen davon abhalten, die relative, wenn auch prekäre Sicherheit ihrer Zufluchtsländer aufzugeben - zuallererst die wohlbegründete Angst vor neuer Gewalt und die Aussicht auf Armut und Elend, besonders für diejenigen, die kein Obdach mehr haben und sich deshalb bei der Ankunft im Irak in die Masse der intern Vertriebenen einreihen müssten.

Der Eindruck dass es sicher sei, in den Irak zurückzukehren, könnte bald zur Ursache neuer Probleme werden. Die Aufnahmeländer der Region könnten sich wachsendem Druck von ihrer eigenen Bevölkerung ausgesetzt sehen, die Flüchtlinge zur Ausreise zu "ermutigen". Europäische und andere Aufnahmeländer könnten Berichte über "Flüchtlinge, die unbehelligt in den Irak zurückkehren" unbesehen glauben und als Begründung benutzen, um irakische Asylbewerber abzulehnen oder bereits anerkannten Flüchtlingen ihren Status wieder abzuerkennen. Genauso würde die schon jetzt geringe Bereitschaft, den Flüchtlingen in ihren Aufnahmeländern Hilfe zukommen zu lassen, noch weiter abnehmen wenn sich die Vorstellung durchsetzt, dass früher oder später ein anhaltender Rückkehrerstrom einsetzen wird und sich die Krise damit einfach von selbst löst.

Nichts könnte der Wahrheit ferner liegen.<sup>66</sup> Flüchtlinge, die realisieren, dass ihre Situation in Syrien oder Jordanien aus legalen oder finanziellen Gründen unhaltbar wird, könnten sich sehr wohl gegen eine Rückkehr entscheiden und stattdessen ihre Flucht fortsetzen - mit Europa als wahrscheinlichstem Ziel.<sup>67</sup> Eine Massenrückkehr, denkbar nur im unwahrscheinlichen Fall massiven Drucks und Deportationen von Seiten der Aufnahmeländer, könnte die fragile Stabilität im Irak erneut gefährden und neue Flüchtlingswellen auslösen.

Im günstigsten Fall könnte eine Rückkehr in bescheidenem Umfang – ein Rinnsal eher als ein Strom – in solche Gebiete einsetzen, in denen die Sicherheitssituation konsolidiert werden konnte und Kapazitäten zur Aufnahme bereitstehen. Letzteres wird ohne massives Engagement der irakischen Regierung und der Internationalen Gemeinschaft kaum erreichbar sein, eine weitere Verbesserung der allgemeinen Sicherheitssituation und Fortschritte im politischen Prozess bleiben aber zentrale Voraussetzungen. Bis dahin bleibt angemessene Unterstützung für den weitaus größeren Teil der Flüchtlinge die zunächst nicht zurückkehren können eine moralische

---

<sup>66</sup> Bei Umfragen in Damaskus im März 2008 gaben nur vier Prozent der Befragten an, eine baldige Rückkehr in den Irak zu planen, knapp 90 Prozent wollen auf absehbare Zeit nicht zurückkehren. Siehe UNCHR Syria May Update, ebd.

<sup>67</sup> Siehe BBC, "Iraqi Asylum Seeker Numbers Jump," 18/03/2008,

[http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/7301985.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7301985.stm). Einzelnen Berichten zufolge existieren organisierte Netzwerke, die gefälschte Dokumente und Reisearrangements nach Europa für irakische Flüchtlinge anbieten, insbesondere nach Schweden, wo die Aufnahmepolitik bislang vergleichsweise großzügig war. *Az-Zaman*, 22/10/2007, <http://www.azzaman.com/index.asp?fname=2007\10\10-22\816.htm> (Arabisch).

Pflicht – für die irakische Regierung, deren Versagen in der Vergangenheit viele erst zur Flucht genötigt hat; für all diejenigen Staaten, die am Krieg und dem Besatzungsregime teilgenommen haben, aber auch für die Internationale Gemeinschaft, die tatenlos blieb als das Desaster bereits offensichtlich war. Besonders die USA und Großbritannien, aber auch europäische Länder wie Deutschland müssen mehr irakische Flüchtlinge aufnehmen als bislang.

Die langfristige Rückkehr der großen Mehrheit der Flüchtlinge erfordert schließlich, dass der Wiederaufbau des irakischen Staates und ein glaubwürdiger Prozess der Aussöhnung in Gang gebracht und aufrechterhalten werden müssen. Wenn nach einer scheinbaren Wiederherstellung von Sicherheit und staatlicher Kontrolle das Land sich selbst überlassen wird, ohne dass die gravierenden Defekte des in der Nachkriegsphase etablierten politischen Systems angegangen werden, wird dies nicht nur den Weg für die Rückkehr der Flüchtlinge versperren, sondern höchstwahrscheinlich zu neuer Gewalt, Vertreibung und Flucht führen. Bereits vor dem Krieg von 2003 wiesen John Fawcett und Victor Tanner darauf hin, dass Repression entlang ethnischer und religiöser Linien zwar immer ein Aspekt irakischer Politik gewesen ist, dass jedoch nicht etwa Hass auf "andere" die brutale Unterdrückung antrieb, sondern politisches und ökonomisches Kalkül und die daraus resultierenden Machtkämpfe, und dass in diesem Sinne die unter dem Regime von Saddam Hussein intern vertriebenen Bevölkerungsgruppen die politischen Bruchzonen des Landes repräsentierten. Ihre damalige Prognose scheint auch für das aktuelle Flüchtlingsproblem akkurat:

"Die Art und Weise in der zukünftige irakische Regierungen mit diesen Bruchzonen umgehen wird einen klaren Hinweis auf die politische Richtung des Staates geben: fortgesetzte Repression und Vertreibungen deuten auf die Fortsetzung autokratischer Herrschaft; Gerechtigkeit, Restitution und Kompensation auf Fortschritt in Richtung auf Pluralismus und Demokratie."<sup>68</sup>

---

<sup>68</sup> John Fawcett und Victor Tanner, *The Internally Displaced People of Iraq*, Occasional Paper, October 2002, The Brookings Institution–SAIS Project on Internal Displacement, <http://www.brookings.edu/fp/projects/IDP/articles/iraqreport.pdf>.